



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 1.3.2024
C(2024) 1500 final

Seine Exzellenz
Stéphane Séjourné
Minister für Europa und auswärtige
Angelegenheiten
37, Quai d'Orsay
F-75351 Paris
Frankreich

Betreff: Notifizierung 2023/683/FR

**Dekret zur Genehmigung des Zugangs zu öffentlich zugänglichen
Daten aus multimodalen Reiseinformationsdiensten für
Bevollmächtigte der Verkehrsregulierungsbehörde zur Erfüllung
ihrer Aufgaben**

**Abgabe der ausführlichen Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2
der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Exzellenz,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft ⁽¹⁾ (im Folgenden „Richtlinie 2015/1535“) notifizierten die französischen Behörden der Kommission am 6. Dezember 2023 den Entwurf „*Erlass zur Genehmigung des Zugangs zu öffentlich zugänglichen Daten aus multimodalen Reiseinformationsdiensten für Bevollmächtigte der Verkehrsregulierungsbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben*“ (nachstehend „der notifizierte Entwurf“ genannt).

Gemäß der Notifizierungsmitteilung zielt der notifizierte Entwurf darauf ab, den Verkehrskodex und das Gesetz 2019-1428 vom 24. Dezember 2019 über die Ausrichtung der Mobilität zu ergänzen, mit dem der Verkehrsregulierungsbehörde (ART) neue Aufgaben übertragen werden, um die Bestimmungen der Artikel 3 bis 9 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/1926 der Kommission vom 31. Mai 2017⁽²⁾ (im Folgenden

¹ (Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

„Delegierte Verordnung 2017/1926“) ⁽³⁾ einzuhalten. In der Notifizierungsmitteilung heißt es ferner, dass Artikel L. 1264-2 des Verkehrskodex in der durch Artikel 37 des Gesetzes Nr. 2023-171 vom 9. März 2023 geänderten Fassung der ART erlaubt, öffentlich zugängliche Daten oder Informationen über digitale Mobilitätsdienste, insbesondere in Form von Computerabfragen, automatisch zu erheben.

Der notifizierte Entwurf legt den Umfang der Daten und Informationen fest, die von der automatisierten Erhebung durch die ART im Rahmen ihrer Aufgaben betroffen sind, sowie die sich daraus ergebenden Verpflichtungen für Anbieter digitaler Mobilitätsdienste. Der notifizierte Entwurf und das zugrunde liegende Gesetz würden diese Anbieter verpflichten, den von der ART übermittelten Auskunftersuchen nachzukommen.

Im Zusammenhang mit dem notifizierten Entwurf richteten die Kommissionsdienststellen am 16. Januar 2024 ein Ersuchen um zusätzliche Informationen an die französischen Behörden, um Erläuterungen zu den in dem notifizierten Entwurf enthaltenen Maßnahmen zu erhalten. Die von den französischen Behörden am 25. Januar 2024 übermittelten Antworten werden bei der folgenden Bewertung berücksichtigt.

Die Prüfung der einschlägigen notifizierten Bestimmungen veranlasste die Kommission, die nachstehende ausführliche Stellungnahme abzugeben.

1. Einleitung

Die Kommission nimmt die Mitteilung zur Kenntnis, die dem notifizierten Entwurf beigelegt ist, wonach das notifizierte Dekret Artikel 37 des Gesetzes Nr. 2023-171 vom 9. März 2023 zur Änderung des Verkehrskodex ergänzen soll und mit dem die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten gemäß den Artikeln 3 bis 9 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/1926 der Kommission hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformationsdienste erfüllt werden sollen.

Die Kommission teilt in vollem Umfang das Ziel des notifizierten Entwurfs, die Delegierte Verordnung 2017/1926 der Kommission umzusetzen, insbesondere indem sie die Möglichkeit für die ART festlegt, Daten oder Informationen automatisch zu erheben.

In diesem Zusammenhang stellt die Kommission fest, dass die Delegierte Verordnung 2017/1926 der Kommission die erforderlichen Spezifikationen enthält, um sicherzustellen, dass EU-weite multimodale Reiseinformationsdienste für Nutzer intelligenter Verkehrsdienste korrekt und grenzüberschreitend verfügbar sind. Insbesondere sind die Mitgliedstaaten nach Artikel 3 verpflichtet, eine einzige nationale Zugangsstelle einzurichten, über die die betroffenen Akteure ihren Verpflichtungen aus den Artikeln 4 bis 8 der genannten Verordnung nachkommen. Die Kommission stellt jedoch fest, dass die Delegierte Verordnung 2017/1926 nicht die Möglichkeit einer nationalen Verkehrsbehörde regelt, automatisierte Daten oder Informationen zu erheben,

² (0)Delegierte Verordnung (EU) 2017/1926 der Kommission vom 31. Mai 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformationsdienste, C/2017/3574, ABl. L 272 vom 21.10.2017, S. 1–13.

³ (0)Die Delegierte Verordnung (EU) 2024/490 der Kommission vom 29. November 2023 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2017/1926 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformationsdienste tritt am 4. März 2024 in Kraft.

und dass die französischen Behörden nicht erläutert haben, wie sich die notifizierten Maßnahmen aus der Verordnung ergeben und welche Durchsetzung erforderlich ist. Der notifizierte Entwurf scheint daher über das hinauszugehen, was in der in der Delegierten Verordnung festgelegten Sonderregelung vorgesehen ist.

Darüber hinaus sollte dieses Ziel dennoch in einer Weise erreicht werden, die mit dem Unionsrecht, einschließlich der Richtlinie 2000/31/EG⁽⁴⁾ (im Folgenden „Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), vereinbar ist, wie unten beschrieben.

2. Ausführliche Stellungnahme

2.1. Bewertung im Lichte der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr

a) Anwendbarkeit der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr

Der notifizierte Entwurf fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr.

Erstens, zum persönlichen Geltungsbereich der notifizierten Bestimmungen. Mit dem notifizierten Entwurf werden „Betreibern digitaler Dienste“ Verpflichtungen auferlegt. Nach den Angaben der französischen Behörden in ihren Antworten auf die von den Kommissionsdienststellen gestellten Fragen können diese Diensteanbieter der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr umfassen, soweit sie mit dem Verkauf von Mobilitäts- und Parkdiensten sowie der Bereitstellung von Online-Informationsdiensten befasst sind.

Daher gilt der notifizierte Entwurf für Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535 und damit auch im Sinne der Artikel 1 und 2 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr, soweit sie die darin festgelegten Voraussetzungen erfüllen.⁽⁵⁾ Diese Bewertung wurde auch von den französischen Behörden in ihren Antworten auf die von den Kommissionsdienststellen gestellten Fragen bestätigt.

Zweitens, zum Anwendungsbereich des notifizierten Entwurfs: Die Bestimmungen des notifizierten Entwurfs betreffen insbesondere die Verpflichtung der Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft, auf Ersuchen der ART den Zugang zu Daten zu gewähren. Wie die französischen Behörden in ihrer Antwort auf das Ersuchen um zusätzliche Informationen, im notifizierten Entwurf und im zugrunde liegenden Gesetz zur Änderung des Verkehrskodex näher erläutert haben, wären diese Diensteanbieter verpflichtet, die angeforderten Informationen und Daten unter anderem innerhalb der von der ART festgelegten Fristen an die ART zu übermitteln.

⁴ ()Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), ABL. L 178 vom 17.7.2000, S. 1–16.

⁵() Insbesondere „jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung“.

Nach dem geänderten Verkehrskodex wäre die ART für die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem notifizierten Entwurf zuständig, und die Nichteinhaltung würde zu Sanktionen führen.

Diese Verpflichtungen fallen daher in den koordinierten Bereich der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr gemäß Artikel 2 Buchstaben h und i der Richtlinie und wurden daher im Lichte dieser Richtlinie geprüft.

b) Artikel 3 Absätze 1, 2 und 4 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr

Die Kommission stellt fest, dass der notifizierte Entwurf und das zugrunde liegende Gesetz für Dienste der Informationsgesellschaft gelten, die ihre Dienste auf französischem Hoheitsgebiet anbieten, unabhängig von ihrem Niederlassungsmitgliedstaat ⁽⁶⁾. Folglich gelten die in der ausführlichen Stellungnahme der Kommission zu den Notifizierungen 2023/461/FR und 2023/632/FR dargelegten Erwägungen bezüglich der mangelnden Konformität zwischen dem notifizierten Entwurf und der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr auch für bestimmte Bestimmungen dieser Notifizierung.

Insbesondere weist die Kommission darauf hin, dass in Artikel 3 Absätze 1 und 2 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr der „Grundsatz der Kontrolle durch das Herkunftsland“ festgelegt ist, wonach die Dienste der Informationsgesellschaft an der Quelle der Tätigkeit reguliert werden müssen. Sie unterliegen daher in der Regel dem Recht des Mitgliedstaats, in dem die Anbieter dieser Dienstleistungen niedergelassen sind.

Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr legt die Umstände und Verfahren fest, nach denen ein Bestimmungsmitgliedstaat von diesem Grundsatz abweichen kann, um bestimmte Maßnahmen aufzuerlegen. Die Kommission weist die französischen Behörden auf die jüngste Rechtsprechung des EuGH hin, in der auf die Grenzen des Anwendungsbereichs von Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie insbesondere in Bezug auf Maßnahmen allgemeiner und abstrakter Anwendung wie den notifizierten Entwurf hingewiesen wird. ⁽⁷⁾

Die Kommission stellt fest, dass der Geltungsbereich des notifizierten Entwurfs auf der Grundlage der verfügbaren Informationen über das hinausgehen würde, was nach der

⁶ () In ihrer Antwort auf das Ersuchen um zusätzliche Auskünfte legten die französischen Behörden fest, dass, wenn ein nicht im französischen Hoheitsgebiet ansässiger Akteur seine Dienstleistung auf französischem Hoheitsgebiet oder für französische Bürger anbietet, er die Bestimmungen des Artikels L1264-2 des Verkehrskodex und seiner Durchführungsverordnung einhält. Darüber hinaus weisen die französischen Behörden darauf hin, dass die Zahl der betroffenen Diensteanbieter, die nicht in Frankreich ansässig sind, voraussichtlich rasch zunehmen wird.

⁷ ()Rechtssache C-376/22, ECLI:EU:C:2023:835, vom 9. November 2023. Insbesondere die Randnummern 59 und 60:

„59 Eine solche Auslegung hat im Gegenteil zur Folge, dass die Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht ermächtigt sind, solche Maßnahmen zu ergreifen, so dass sich die Prüfung erübrigt, ob diese Maßnahmen erforderlich sind, um zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerecht zu werden.

60 Nach alledem ist auf die erste Frage zu antworten, dass Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31 dahin auszulegen ist, dass allgemeine und abstrakte Maßnahmen, die auf eine allgemein beschriebene Kategorie bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft abzielen und unterschiedslos auf jeden Anbieter dieser Dienstleistungskategorie Anwendung finden, nicht unter den Begriff der Maßnahmen fallen, die gegen einen „Dienst der Informationsgesellschaft“ im Sinne dieser Bestimmung getroffen werden.

Delegierten Verordnung (EU) 2017/1926 der Kommission vom 31. Mai 2017 erforderlich ist.

Die Kommission fordert die französischen Behörden auf, die vorstehenden Erwägungen zu berücksichtigen, um die Vereinbarkeit des notifizierten Entwurfs mit Artikel 3 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr sicherzustellen.

* * *

Aus den oben dargelegten Gründen gibt die Kommission hiermit eine ausführliche Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 ab.

Die Kommission erinnert die französischen Behörden daran, dass die Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme gemäß diesem Artikel, von dem Mitgliedstaat, der den betreffenden Entwurf einer technischen Vorschrift verfasst hat, fordert, dass er die Annahme um vier Monate nach ihrer Notifizierung verschiebt. Diese Frist endet daher am 6. April 2024.

Darüber hinaus weist die Kommission die französischen Behörden darauf hin, dass nach dieser Bestimmung der Mitgliedstaat, an den eine ausführliche Stellungnahme gerichtet ist, verpflichtet ist, sie über die Maßnahmen zu unterrichten, die er zu dieser Stellungnahme zu ergreifen gedenkt.

Wenn die französischen Behörden den Verpflichtungen der Richtlinie (EU) 2015/1535 nicht nachkommen oder der Wortlaut des Entwurfs einer technischen Verordnung ohne Berücksichtigung von Einwänden oder Verstößen gegen EU-Recht angenommen wird, behält sich die Kommission das Recht vor, gemäß Artikel 258 AEUV ein Verfahren gegen Frankreich einzuleiten.

Die Kommissionsdienststellen sind offen für eine enge Zusammenarbeit und für Gespräche mit den französischen Behörden, um ihnen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtung zur Gewährleistung der Vereinbarkeit des notifizierten Entwurfs mit dem EU-Recht zu helfen.

Hochachtungsvoll,

Für die Kommission

Thierry Breton
Mitglied der Kommission

**ZERTIFIZIERTE KONFORME
VERSTÄRKUNG
Für die Generalsekretärin**

Martine DEPREZ

AMPLIATION CERTIFIÉE CONFORME
Pour la Secrétaire générale

Martine DEPREZ
Directrice
Prise de décision & Collégialité
COMMISSION EUROPÉENNE